

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden
Ruben & Co., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: S. H. Schmidt, Dresden.
Herausgeber: S. H. Schmidt, Dresden.
Verantwortlicher Redakteur: S. H. Schmidt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei einem von Schwingen ignominischer Art ist es durch oder ohne Entschädigung des Verursachenden oder auf Nachlieferung der Zahlung.

Verantwortlich: S. H. Schmidt, Dresden.
Herausgeber: S. H. Schmidt, Dresden.
Verleger: S. H. Schmidt, Dresden.

Schriftleitung: Postfach 10, Dresden, Nr. 1268.
Verleger: S. H. Schmidt, Dresden.
Herausgeber: S. H. Schmidt, Dresden.

Verleger: S. H. Schmidt, Dresden.
Herausgeber: S. H. Schmidt, Dresden.
Verantwortlicher Redakteur: S. H. Schmidt, Dresden.

Nr. 300

Dresden, Donnerstag den 27. Dezember 1928

39. Jahrg.

Bucharin kaltgestellt?

Klara Zetkin gegen den Thälmannschen Saustall

D. Das Reichsorgan der linken Kommunisten berichtet unter der Überschrift „Der Vorsitzende des Präsidiums der Komintern kaltgestellt“, aus Moskau, daß Bucharin am letzten Donnerstag einen Urlaub auf unbestimmte Dauer angetreten habe, obwohl er erst vor kurzem von einem längeren Urlaub zurückgekehrt sei. Die letzte Beurlaubung habe den Charakter einer Kaltstellung in diplomatischer Form. Diese Kaltstellung werde in Zusammenhang gebracht mit Bucharins Gegnerschaft gegen den jüngsten Beschluß des Präsidiums des Ekki auf Ausschluß der deutschen Rechte. Bucharin hatte sich vor kurzem auch gegen die Rehabilitierung Thälmanns gewandt.

Dem gleichen Blatt zufolge hat Klara Zetkin gegen den Ausschluß ihrer politischen Freunde aus der deutschen und russischen Partei bei der Exekutive geharnischten Protest eingelegt. Darüber hinaus habe sie ihre sofortige Rückreise nach Deutschland zu dem Zwecke angekündigt, in öffentlichen Versammlungen in Deutschland gegen das Thälmannsche Zentralkomitee und für die ausgeschlossene Rechte aufzutreten. Für den Fall, daß man ihr wegen der Rückreise Schwierigkeiten bereiten oder die Reise nach Deutschland verhindern würde, habe Klara Zetkin gedroht, zum deutschen Konsulat in Moskau gehen zu wollen. Das linkskommunistische Blatt fügt dem noch hinzu, daß ihm diese Absichten Klara Zetkins von deutschen Rechtskommunisten bestätigt worden seien. Klara Zetkin würde bereits kurz nach Neujahr in Berlin in einer öffentlichen Versammlung sprechen.

Neue Unterschlagungen

S. Köln, 26. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Vor drei Monaten wurde von den Kölner Kommunisten ein Arbeitersekretariat ins Leben gerufen, dem man den Namen „Juristische Anwaltsstelle und Beratungstelle“ gab. Die Bezirksleitung der kommunistischen Partei für den Mittelrhein hat in diese Gründung beträchtliche Gelder hineingesteckt. Jetzt wird bekannt, daß dieses sogenannte Arbeitersekretariat seine Porten geschlossen hat, weil die beiden kommunistischen Verwalter, Hans Weckhöfer und Heinz Efferich, Unterschlagungen und Fälschungen begangen haben. Zahlreiche arme Arbeiter sind um ihre Gelder betrogen.

Die Bezirksleitung der KPD für den Mittelrhein hat die beiden Kommunisten mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen. Sie versucht im übrigen aber die ganze Geschichte zu vertuschen.

„Der Mann muß sterben“

Herr Nikolaus Pfaff, bis zum Stapp-Putsch Oberlehrer in Jella-Mehlis und gut bürgerlich, ist heute einer der Mandlanger der Thälmann-Zentrale in Thüringen. Kürzlich hat er in einem an die unrechte Adresse geratene Briefe kaltblütig dargelegt, wie opponierende Kommunisten mit Lügen und Lockphrasenmethoden erledigt werden könnten. Herr Pfaff sollte seine wilde Zeit im Jahre 1923, dann flüchtete er nach Rußland, wo er zum Generalsekretär der Internationalen Hilfe avancierte. Er ist der unverantwortlichste und gewissenlosere einer. Sein ehemaliger Parteifreund erzählt von ihm: Im November 1923 rief ein gewisser Rubinstein, der unter der Aufsicht der Spionage in losdrankem Zustand in der Tscheka festgehalten wurde, die Hilfe an. Pfaff mußte ihn aussuchen. Er sah nicht die lebenswichtigen Mitleids des Unglücklichen, hörte nicht die ängstlich gestammelten Worte. Er schalt, mit den Händen auf dem Hüften wandte er sich von ihm ab und stellte gnüßlich fest: Der Mann muß sterben. Man hat von Rubinstein nichts wieder gehört.

„Der Mann muß sterben!“ Man sollte an so gnüßliche Brutalität denken, wenn immer Kommunisten vom Schläge Pfaffs selbst um Sympathie oder Mitleid winkeln!

Hotelbrände

Neuzer, 27. Dezember. (Eigene Meldung.) In Neuzer (Sachsen) ist aus bisher unbekannter Ursache im Dorf drei ein Feuer ausgebrochen, das sich sehr rasch auf das ganze Gebäude ausbreitete. Sechs Personen, die sich bei der allgemeinen Panik nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, verbrannten. Eine Anzahl anderer Hotelgäste erlitt mehr oder weniger schwere Brandwunden. Das Hotel, das vollkommen abbrannte, wurde hauptsächlich von Handwerkern und Angehörigen angefaßt, die in den umliegenden Gummifabriken beschäftigt waren.

Rosenhagen, 26. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Zschachwitz (Sachsen) wurde am Mittwoch das größte Hotel der Stadt durch einen Feuerbrand gänzlich zerstört. 5 weibliche Angehörige und 1 neunähriges Kind fanden dem Tod in den Flammen.

Der Dollar und die Reparation

Washington, 24. Dezember. Der dienstälteste der Diplomaten, der englische Botschafter Balfour hat heute Staatssekretär Kellogg aufgesucht, um ihm im Namen Deutschlands und der alliierten Regierungen deren Wunsch einer amerikanischen Beteiligung an der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz zur Lösung des Reparationsproblems zu übermitteln. Nach Rücksprache mit Präsident Coolidge erteilte Staatssekretär Kellogg folgenden Bescheid: Wenn die sechs Regierungen wünschen, daß amerikanische Sachverständige als Mitglieder im Sachverständigenausschuß mitarbeiten, haben die Vereinigten Staaten nichts dagegen einzuwenden, sofern die Notwendigkeit und Erneuerung dieser Sachverständigen durch diese sechs Regierungen erfolgt.

Die Vorverhandlungen für die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage sind jetzt abgeschlossen. Die grundsätzliche Einigung zwischen Deutschland und den europäischen Gläubigerstaaten ist erzielt und daraufhin ist jener entscheidende Schritt in Washington erfolgt, durch den die wichtige Frage der Mitwirkung Amerikas in dem allgemein erwarteten Sinne gelöst werden konnte. Die Washingtoner Regierung hat zwar eine direkte, offizielle Mitarbeit abgelehnt, aber einer Erneuerung amerikanischer Sachverständiger durch die Reparationskommission im Einvernehmen mit Deutschland zugestimmt.

Was bedeutet diese Unterbrechung? Die Regierung der Vereinigten Staaten will sich nicht durch die Beschlüsse des Sachverständigenausschusses festlegen lassen, besonders nicht durch einen etwaigen Beschluß, der eine Neuregelung des interalliierten Schuldenproblems in Zusammenhang mit der deutschen Reparationsfrage für notwendig erklären würde. Ob Amerika wirklich und endgültig einer Revision der interalliierten Schuldenfrage feindselig gegenübersteht, bleibt dahingestellt. Sicher ist, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Amerika gegenwärtig jeden Schuldennachschuß entschieden verwirft. Innerhalb der amerikanischen Regierung ist es besonders der Staatssekretär für die Finanzen Mellon, hinter dem das führende New Yorker Finanzkapital steht, der vor jeder Neuregelung der interalliierten Schuldenfrage die Ratifizierung der vorläufigen Schuldenabkommen, vor allem durch Frankreich, fordert. Jedenfalls will sich Amerika nicht auf dem Umwege eines Sachverständigenausschusses zu einer Preis-

gabe seines Standpunktes zwingen lassen. Nach außenhin will es also die Hände frei behalten und die Verantwortung für die etwaigen Empfehlungen der amerikanischen Sachverständigen ablehnen können. Werden dagegen die amerikanischen Sachverständigen von der Reparationskommission und von Deutschland bestimmt, dann handeln sie gewissermaßen auf eigene Faust.

So war es schon 1924 beim ersten Sachverständigenausschuß. Aber dieser Umstand hat schon damals die Amerikaner Dawes und Owen D. Young nicht gehindert, die führende Rolle im Ausschuss zu spielen. Einer von ihnen wurde zum Vorsitzenden gewählt und bald sprach die ganze Welt nur vom Dawes-Komitee und vom Dawes-Plan. Die öffentliche Meinung Amerikas identifizierte sich so sehr mit der Politik dieser „inoffiziellen“ Delegierten, daß Dawes unmittelbar nach Beendigung seiner Tätigkeit zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde.

Der neue Beschluß aus Washington läßt darauf schließen, daß der zweite Sachverständigenausschuß nach ähnlichen Gesichtspunkten arbeiten wird wie das Dawes-Komitee: Entpolitisierung des Reparationsproblems, lediglich wirtschaftliche Erwägungen sollen maßgebend sein. Unter dieser Voraussetzung ist auch diesmal das amerikanische Kapital bereit, an der Lösung aktiv mitzuwirken. Diese Mitwirkung ist um so unentbehrlicher, als durch die Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit das Weltkapital, besonders das flüssige, sich mehr und mehr auf Amerika konzentriert hat. Auf der anderen Seite hat die amerikanische Finanzwelt selbst das größte Interesse daran, an der Lösung beteiligt zu sein, einmal weil sie davon beträchtlich verdient, und außerdem weil der amerikanische Kapitalüberfluß Verwendung im Ausland unbedingt braucht. Bei einer Neuregelung des Reparationsproblems können wir Amerika nicht entbehren, aber auch Amerika kann sich den Luxus nicht leisten, daran unbeteiligt zu bleiben.

Die Entscheidung Coolidges betrifft jedenfalls, wie recht die Reichsregierung hatte, als sie sich der ursprünglichen Forderung Vincencis widersetzte, als Sachverständige nur offizielle Beauftragte der einzelnen Regierungen zu ernennen, also Männer, die an Weisungen ihrer Regierung gebunden sein würden. Wäre der Standpunkt Vincencis durchgedrungen, dann würde eine Einigung wahrscheinlich ebenso unmöglich gewesen sein, wie bei den bisherigen Abklärungsverhandlungen, wo die Delegierten mit

Sport für Prinzen

„Herr General! Ein frohes neues Jahr!“

Der ehemalige Oberbefehlshaber der 5. deutschen Armee, Kronprinz Wilhelm von Preußen, hat einer unwidersprochenen Meldung der Pariser Zeitschrift Illustration zufolge am 1. Januar 1915 durch einen Parlamentarier dem Oberkommandierenden von Verdun, General Sarrail, einen Neujahrswunsch in Form eines höchstselbst beschrifteten Bildes überreicht.

Das Kronprinzen-Kontingenz trug die Unterschrift:

„Herr General! Ich wünsche meinem ritterlichen Gegner ein frohes neues Jahr.“ Wilhelm, Kronprinz.

Zum Beweis der Echtheit der Episode werden sogar Details der Ueberbringung der kronprinzlichen Neujahrswünsche genannt. Sie ist durch den deutschen Hauptmann Grille mit einem freundlichen Begleitschreiben des Generalstabes von Gumbeln dem Abschnittskommandeur der französischen Vorposten übergeben worden.

Soweit ist die Geschichte ganz nett. Die Illustration bringt sie als Einführung und Entschuldigung dafür, daß sie eine Artikelserie aus der Feder des ehemaligen „Saxons“ Kronprinzen ihrer französischen Leichtigkeit serviert. Die großen deutschen Zeitungen bringen sie ohne Kommentar.

Verdun — Versailles — Rocourt! Ka auf — man vertritt sich jetzt.

Verträgt sich?

Man schließt Frieden, was man so Frieden heißt, jetzt die Blockade fort, behält die Kriegsgefangenen noch ein Jahr hinter dem Drahtgitter, bis der Gegner zur Vertragsunterschrift reif geworden ist und unterzeichnet dann in Versailles einen „Schandvertrag“, der Deutschland angeblich bis auf den Kopf ausbeutet und „mit Schmach bedeckt“ — — und plötzlich ist man wieder gut Freund — — wenigstens von Kronprinz zu Kronprinz, von General zu General, von Admiral zu Admiral.

Das versteht, wer will. Der einfache Matrose und Soldat, den man komisch bis auf Blut ausgepeitscht und

in den Tod geschickt hat, der versteht es einfach nicht, daß man heute eine Menschenjorte umbringen, vergasen, besonnetieren und torpedieren, zwischendrin sich „ein frohes Jahr wünschen“ und morgen wieder nach Gentlemenart begrüßen, kondolieren und komplimentieren kann.

Der Neujahrswunsch trägt das Datum vom 1. Januar 1915!

Ein „frohbes neues Jahr?“ Was heißt das eigentlich? „Froh“ kann das „neue Jahr“ für den französischen General Sarrail eigentlich doch nur werden, wenn er möglich viel deutsche Soldaten umbringt und den „envahisseur“, den deutsche Eindringlinge, möglichst schnell aus Frankreich herausdrängt.

Die ganze „ritterliche Geste“ zeigt eben, daß jene Sorte von gekrönten und ungekrönten Generälen und Admiralen in einer ganz anderen Zeit lebt als wir! In einer Zeit, in der der Krieg vielleicht noch ein „ritterliches Metier“ gewesen ist!

Am besten hat diese fünfzig Verbundenheit während des Krieges der Oberbörge aller Admirale, Herr v. Tirpitz, zum Ausdruck gebracht. Er hat zum Beweis seiner vorzüglichen Marinepolitik im Reichstag einen Brief des englischen Admirals Fisher vom Oktober 1916 — in Worten: neunzehnhundertsechzehn — verlesen, in dem es heißt:

„Vieher alter Tirps. Nun sitzen wir beide im gleichen Boot. Wie lange waren wir nicht Kollegen, alter Anabe. Kopf hoch! Sie sind der einzige deutsche Seemann, der sich auf den Krieg versteht. Der übrige, bis die Kasse gefriert!“

Auf welchem Weg diese kollegiale Liebeserklärung ins deutsche Marineamt gelangt ist, wird nicht gesagt. Vielleicht hat man sie von Schlachtschiff zu Schlachtschiff geschmitten. Oder irgendein Stängel hat sie herüber gebracht.

Jedenfalls beweist auch dies Zeugnis, daß der Krieg für die Herren Generäle und Admirale ein höchen Sport bedeutet. Die Matrosen mögen dabei verrotten, die Kaiser einander hassen, die feindslichen Generäle rufen einander zu: „Sopf hoch, Kamerad, sie leisten einen ausgezeichneten Sport!“